

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

279 (20.6.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Weitens größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Reaktion
Telef. Nr. 308.

Einzelnummern und Verlags-Verd. Hierher senden.
Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.
Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.
Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.

Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.
Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.
Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.

Verlags-Verd. Hierher senden.
Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.
Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.

Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.
Verantwortl. für alle Anzeigen: Albert Gersch.

Nr. 279. Karlsruhe, Freitag den 20. Juni 1919. 35. Jahrgang.

Das Kabinett Scheidemann zurückgetreten.

Die Denkschrift der Alliierten.

Das Begleitschreiben Clemenceaus zur Alliierten-Antwort.
Paris, 18. Juni. Der Text der Antwort, der mit dem Begleitschreiben Clemenceaus abging, umfasst 60 Seiten in französischer und englischer Sprache und ist in 14 Unterabteilungen eingeteilt, die die Antwort auf die verschiedenen deutschen Gegenvorschläge enthalten.

Das erste Kapitel behandelt die deutschen Einwendungen hinsichtlich des Völkerbundes und es wird gesagt, daß die Alliierten nicht daran gedacht hätten, Deutschland auszuscheiden, daß sie aber mit Rücksicht auf die Kriegsergebnisse für Deutschland eine Probezeit für unbedingt notwendig erachten müssen, deren Dauer von Deutschlands Haltung abhängen würde. Entgegen den deutschen Vorschlägen seien die Alliierten der Ansicht, daß ein Zusatz zum Vertrage nicht notwendig sei.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen andererseits erklären sie sich aber bereit, unter dem Schutze des Völkerbundes die deutsche Bevölkerung in den von Deutschland wegzunehmenden Gebieten und den aus dem Krieg hervorgegangenen neuen Staaten zu schützen. Die deutsche Währung und die Ausübung der allgemeinen Eingangs- und Abgangszölle zu erleichtern und zu beschleunigen. Doch hänge ein solches Projekt im wesentlichen von der Durchsührung der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen ab.

Die nächsten zwei Kapitel beschäftigen sich mit den territorialen Fragen. Hinsichtlich des Saarbeckens belonen die a. und a. Regierungen, Deutschland verzeihe, daß das ganze in Aussicht genommene System ein temporäres sei und daß die Bewohner nach Ablauf von 15 Jahren in voller Freiheit das Recht haben werden, die Souveränität zu wählen, unter der sie zu leben wünschen. Das ganze System sei von dem Grundgedanken geleitet, daß die Bevölkerung in ihren täglichen Gewohnheiten nicht gestört werde. So werde das ganze Verwaltungssystem hinsichtlich der Zivil- und Strafrechtsbarkeit und hinsichtlich der Steuern aufrechterhalten werden. Die Bewohner sollten ihre lokalen Verwaltungen beibehalten, in der Religionsfreiheit und in dem Gebrauch ihrer Sprache in der Schule, und die Arbeiter sollten in den jetzt bestehenden Garantien nicht beschränkt werden. Auf jeden Fall müßten die Alliierten für die Wiedergutmachungen ein sichtbares, greifbares Band haben, das nicht den Unsicherheiten unterliege, wie sie das deutsche Memorandum selbst kennzeichnete. Die Alliierten könnten sich nicht mit einer einfachen Lieferung von Kohlen in bestimmter oder unbestimmter Menge zufrieden geben, und die a. und a. Regierungen seien in diesem Punkte zu keinerlei Verhandlungen bereit.

Es wird betont, daß die Kommissionskommission dem Völkerbund und nicht der französischen Regierung verantwortlich sei, sobald also ein Mißbrauch der Gewalt, die der Kommission anvertraut sei, nicht eintreten könne. Die Kommission sei auch unabhängig, die Anzahl der gewählten Vertreter der Beamteten zu erhöhen (1), bevor sie ein Gesetz änderten oder eine neue Steuer einführen.

Das Kapitel über das Saargebiet schließt mit dem Hinweis: Zum ersten Male seit der Befreiung dieses Gebietes durch Frankreich und Bayern werde die Bevölkerung eine Regierung haben, die an Ort und Stelle selbst regiert und keine andere Aufgabe und kein anderes Interesse habe, als das Wohlergehen seiner Bevölkerung.

Ueber die Volkströme wird gesagt, daß eine Volksabstimmung nicht vorgenommen werden könne, da nur ein vorläufiger Entscheidungskreis beizubehalten wäre, der sich wieder auflösen würde. Im übrigen hätte auch die Bevölkerung den Wunsch, das Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen, dem Tage der Wahl angedeutet, in Frankreich brauche nur Kenntnis von einem so feierlich proklamierten Willen zu nehmen.

Die Bestimmungen über die Volkströme haben nur das eine Ziel, die Provinzen und Sachen wieder in den Rechtszustand zu versetzen, in dem sie sich 1871 befanden, ganz gleichgültig, ob sie die Nationalität, die Schulden oder die Güter ihrer Staaten beizubehalten. Die Verpflichtung, die damals begangene Ungerechtigkeit wieder gut zu machen, lasse keine andere Wahl, denn das deutsche Volk habe diese Verpflichtung angenommen, indem es die 14 Punkte Wilsons unterschrieb.

Hinsichtlich der militärischen Bestimmungen sollen im Interesse des Friedens und mit Rücksicht auf das Wohlergehen des deutschen Volkes folgende Änderungen vorgenommen werden: Die Dauer des Seeres soll in längeren Zeiträumen vorgenommen werden, als im Vertrage vorgesehen ist. Die Höchststärke, die bis zum 30. März 1920 die im Vertrag festgesetzte Höchststärke von 100 000 Mann erreicht haben. Eine militärische Sachverständigenkommission der a. und a. Mächte wird festsetzen, in welchen Zeiträumen die Herabsetzung des Mannschaftsbestandes zu erfolgen habe. Die vorgeschlagene Frist zur Schleifung der Befestigungen wird auf ein Jahr verlängert. Alle Befestigungen werden auf ein Maximum von 50 km von der Meeresküste zurückgezogen und geschleift. Die Befestigungen in den von den Alliierten besetzten Gebieten werden geschleift, wenn die Alliierten dies bestimmen.

Hinsichtlich der Verantwortung heißt es, daß es unannehmlich sei, wenn denjenigen eine Beurteilung über die Kriegsverbrechen anvertraut würde, die sich zu Komplizen derjenigen gemacht haben, die für die Verbrechen gegen das internationale Recht und die Menschlichkeit direkt verantwortlich seien. Das Gericht, welches die Alliierten und assoziierten Mächte einsetzen werden, werde die Verantwortung der großen Mehrheit der zivilisierten Welt vertreten. Der Ausschuss, Vertreter von Ländern, die an diesem Kriege nicht teilgenommen haben, in dieses Gericht aufzunehmen, könne nicht in Betracht kommen, und die a. und a. Mächte sind bereit, die Verantwortung für die Unparteilichkeit und den Gerechtigkeitsinn, mit welchem die Angeklagten verurteilt werden würden, auf sich zu nehmen. — Weiter wird erklärt, daß die Stellung des ehemaligen deutschen Kaisers unter öffentlicher Anklage nicht seinen grundsätzlichen juristischen, sondern einen formalen Charakter habe. Diese Verlegung in den Anklagezustand sei eine Frage der höheren internationalen Politik und sei das Mindestmaß von dem, was man verlangen könne für das größte Verbrechen, das gegen die internationale Moral, gegen den heiligen Charakter der Verträge und die wichtigsten Grundsätze der Gerechtigkeit begangen worden sei. Die alliierten und assoziierten Mächte würden einen Monat nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die definitive Liste der auszuliefernden Personen unterbreiten.

wortung für die Unparteilichkeit und den Gerechtigkeitsinn, mit welchem die Angeklagten verurteilt werden würden, auf sich zu nehmen. — Weiter wird erklärt, daß die Stellung des ehemaligen deutschen Kaisers unter öffentlicher Anklage nicht seinen grundsätzlichen juristischen, sondern einen formalen Charakter habe. Diese Verlegung in den Anklagezustand sei eine Frage der höheren internationalen Politik und sei das Mindestmaß von dem, was man verlangen könne für das größte Verbrechen, das gegen die internationale Moral, gegen den heiligen Charakter der Verträge und die wichtigsten Grundsätze der Gerechtigkeit begangen worden sei. Die alliierten und assoziierten Mächte würden einen Monat nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die definitive Liste der auszuliefernden Personen unterbreiten.

In Bezug auf die Wiedergutmachungen müßten die Mächte erklären, daß sie in eine grundsätzliche Diskussion über die Weise derselben nicht einzutreten könnten. Immerhin lände der Vorschlag Annahme, daß Deutschland innerhalb 4 Monaten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages Vorschläge für die Wiedergutmachungen unterbreite, die die Alliierten lokal prüfen würden. Deutschland könne auch zu den Wiedergutmachungsarbeiten Arbeiter, Material und Techniker anbieten. Deutschland behalte die Freiheit, alle Anregungen oder Angebote abzugeben, die die Schätzung der Schäden zu vereinfachen und das Gebiet der Einzeluntersuchungen zu beschränken, vor Ausführung der Arbeiten einen Antrag zu geben, und die definitive Festsetzung der Schulden Deutschlands zu beschleunigen. Es sei aber unmöglich, sich darauf festzuliegen, daß diese Vorschläge angenommen würden. Sie würden aber ernsthaft geprüft werden. Wenn diese deutschen Vorschläge zu einer raschen und praktischen Regelung führen würden, dann würden sich die Mächte darüber freuen.

Weiter heißt es, daß die Mächte an der Wiederherstellung des industriellen Lebens in Deutschland ebenfalls interessiert seien. Sie seien auch bereit, Deutschland kommerzielle Erleichterungen nicht zu verweigern, die Deutschland ein Wiederankommen möglich machen würden. Auch in dieser Frage müßten die Mächte ihre eigene wirtschaftliche Lage in Betracht ziehen. Und der, welche sich für die Welt aus den deutschen Angriffen ergeben habe. Die Mächte erklären sich bereit, in gemeinsamen Interessen Deutschlands zu diesem Zwecke Erleichterungen zu verschaffen. Annahmen nach der Friedensvertragsunterzeichnung als endgültiger angenommen und unterzeichnet werden. Die Alliierten und assoziierten Mächte könnten einen längeren Aufschub nicht zustimmen.

Ein Darstellung der deutschen Regierung.

— Weimar, 18. Juni. Ueber die Grundlinien der gegenwärtigen Antwort ist folgendes zu bemerken: An dem Völkerbundstatut wird nichts geändert. Deutschland soll nur seiner Aufnahme in den Völkerbund erst eine Probezeit durchmachen und wenn es seine Vertragstreue bewährt und so Beweise für sein Wohlverhalten gegeben hat, soll nichts mehr im Wege stehen, daß es in nicht allzu ferner Zeit in den Völkerbund aufgenommen wird.

In Bezug auf die territorialen Fragen wird nichts verändert. In den Bestimmungen für Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, Elsass-Lothringen und Deutsch-Ostpreußen, bezüglich Westpreußens, Danzigs und Oberschlesien wird nichts geändert; nur die Garantien für den Eisenbahndurchgangsverkehr durch Westpreußen nach Ostpreußen sind verstärkt und präzisiert gefaßt. Eine Grenzkorrektur zu Gunsten Deutschlands ist insofern zugelassen, als nicht mehr gewisse Teile Pommerens in das polnische Gebiet fallen sollen. Für Oberschlesien soll eine Volksabstimmung in einer später festzusetzenden Zeit erfolgen. Bis dahin wird das Land von alliierten Truppen besetzt werden. Falls die Abstimmung zu Ungunsten Deutschlands ausfällt, sollen gewisse Garantien für den Bezug der ober-schlesischen Kohle geschaffen werden. In Schleswig wird auf Antrag von Dänemark die dritte südliche Abstimmungszone fallen gelassen. In der Kolonialfrage wird jedes Entgegenkommen kategorisch abgelehnt.

In Bezug auf den Außenhandel und die Schifffahrt sind keine Konzessionen gemacht. Das Gleiche gilt für die Grundlagen unserer Schadenersatzpflicht. Nur in dem Memorandum zugesagt, daß Deutschland innerhalb 4 Monaten nach Friedensschluß das Recht haben soll, feste Vorschläge zu machen; aber die alliierten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder ändern. Eine neutrale Instanz über Streitpunkte wird dabei abgelehnt. Eine deutsche Kommission neben der Kommission der Reparationen wird zugelassen behufs Verhandlungen mit der gegnerischen Kommission; aber bindende Entschlüsse hat allein die alliierte zu fassen. Dagegen wird festgestellt, daß die Friedensbedingungen nicht eine unmittelbare Ingerenz der Kommission der Reparationen in die deutsche Verwaltung bedeuten; jedoch kann die gegnerische Kommission unser Budget prüfen und Reichsausgaben freilegen. Ausdrücklich wird erklärt, daß eine unmittelbare Einmischung in die Verhältnisse der einzelnen Fabriken nicht stattfinden wird.

Unser ganzes Heeresgerät und Flottenmaterial und unsere ganze Handelsflotte wird nicht angerechnet. An den allgemeinen handelspolitischen Bestimmungen wird gleichfalls nichts geändert. Deutschland wird auch für den Fall seiner Aufnahme in den Völkerbund die allgemeine Gleichberechtigung nicht zugestanden. Das Memorandum enthält lediglich programmatische Erklärungen, daß die alliierten Mächte zu gegebener Zeit diese Fragen prüfen wollen.

Man ist in besonderer Vertragsentwurf über die Befreiung der rheinischen Gebiete. Die Frist der Befreiung wird nicht geändert, sondern nur im einzelnen bestimmt, wie die Gebiete während der Befreiung verwaltet werden sollen. Eine Viermännerkommission, bestehend aus je einem Vertreter von Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten steht als Vertretung der gegnerischen Mächte gegenüber Deutschland an der Spitze der Zivilverwaltung. Sie hat gesetzgebende Gewalt nur für die Fragen der Unterhaltung, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungstruppen. Im übrigen liegt die ganze Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden. Es bleiben auch die deutschen Gerichte. Die deutschen Behörden unterstehen auch der deutschen Zentralverwaltung. Die gegnerischen Besatzungstruppen behalten das Recht der unmittelbaren Requisition, und zwar nach

dem Grundsatz der Haager Landkriegsordnung. Das Verbot des Verkehrswezens (Post, Telegraphen und Eisenbahnen) hat den Beschlüssen der Besatzungsarmee Folge zu leisten, soweit diese zu militärischen Zwecken erteilt werden.

In den Rechtsfragen sind Zugeständnisse gemacht, die zumteil der Bedeutung nicht entbehren. Die Liquidation des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland soll nur soweit Platz greifen, als sich dieses Eigentum der Friedensschluß bereits im feindlichen Ausland befindet. Auch ist das Liquidationsverfahren in den an Polen und Dänemark abzutretenden Gebieten zugunsten der deutschen Berechtigten geändert. Ferner wird die Uebertragung der Rechte, die sich die Alliierten für die Einführung des Clearingverfahrens vorbehalten haben, von 8 auf einen Monat herabgesetzt. Auch in der Befreiung des gewerblichen Schutzrechtes sind Zugeständnisse ähnlicher Art gemacht worden.

In den Verkehrsfragen beschränken sich die Zugeständnisse darauf, daß Deutschland in der Oberkommission statt eines Vertreters deren 3 erhalten soll, daß es sich an den Beratungen der Kommission für die Ausarbeitung einer neuen Donau-Schiffahrtsakte beteiligen darf, jedoch ohne Stimmrecht. Bei dem des Rhein-Donau-Schiffahrtsweges soll uns ferner nicht mehr einseitig vorgefahren werden, was wir haben sollen. Auch ist die früher vorgeschlagene Möglichkeit, dem Kaiser Kanal einer internationalen Kommission zu unterstellen, fallen gelassen worden. Weithin ist die Verpflichtung Deutschlands zum Bau neuer Eisenbahnen erheblich eingeschränkt worden.

Die sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen war schon zugestanden; auch unter Verlangen, daß die wegen gewisser Straftaten in Haft befindlichen Gefangenen frei zu lassen, wird abgelehnt. In den militärischen Fragen wird das Zugeständnis gemacht, daß wir zunächst 3 Monate lang 200 000 Mann behalten dürfen. Dann solle eine interalliierte Kommission zusammen treten und prüfen, was wir für die nächsten 3 Monate nötig haben und das soll bis zum Endpunkt vom 31. März 1920 fortgesetzt werden. In diesem Termin muß die Mindestgrenze von 100 000 Mann spätestens erreicht sein. Festgehalten wird daran, daß wir uns die innere Organisation und Bewaffnung unseres Heerwesens vorzubehalten lassen müssen. Es soll damit der Anfang der allgemeinen Abrüstung gemacht werden; aber irgend eine Bindung dafür, auch eine Frist für die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in den übrigen Ländern ist nicht zugestanden worden.

In Bezug auf die Aburteilung des früheren deutschen Kaisers und die Auslieferung der deutschen politischen und militärischen Führer wird lediglich das Zugeständnis gemacht, daß uns die Liste der Personen, die der gegnerischen Gerichtebarkeit ausgeliefert werden sollen, innerhalb eines Monats mitgeteilt werden wird.

Ueber das Arbeiterrecht wird nur gesagt, daß kein Anlaß vorliegt, diese ganze Frage nochmals aufzunehmen.

Mittritt des deutschen Kabinetts.

— Weimar, 20. Juni. (Privatteil.) Das Ergebnis der interfraktionellen Besprechung war, daß die Mitglieder des Kabinetts dem Reichspräsidenten ihre Portefeuilles zur Verfügung stellten. Reichspräsident Ebert wird voraussichtlich bereits heute einen neuen Ministerpräsidenten berufen, der mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. In politischen Kreisen nimmt man an, daß vielleicht die bisherigen Minister Raabe oder Dr. David mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden.

Man darf wohl aus dem Mittritt des bisherigen Kabinetts schließen, daß das neu zu bildende Kabinett sich unter gewissen Voraussetzungen mit der Annahme des Friedensvertrages einverstanden erklären dürfte.

— Weimar, 20. Juni. (Privatteil.) Das Kabinett wird die Geschäfte weiter führen, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

— Berlin, 20. Juni. In absolut ablehnendem Sinne äußerten sich in der Kabinettsitzung folgende Minister: Dr. Preuß, Dernburg, Brodowski-Kanhan, Landsberg, Goßeln und Gieseler.

— Berlin, 20. Juni. Entgegen verschiedenen Gerüchten wird die Krise nur das Ministerium betreffen, da es der Sinn des parlamentarischen Systems ist, daß der Präsident unverantwortlich bleibt und der ruhende Pol in der Erscheinungen steht ist.

Auf die ultimatumartige Forderung der Alliierten, daß Deutschland innerhalb einer Woche kurz mit ja oder nein zu antworten habe, war in deutschen Volksgemeinde Hochspannung eingetreten. Die Erkenntnis, in einer furchtbaren Zwangslage zu sein, war allgemein. Nur wenige Wege blieben offen und man weiß nicht, ob nicht jeder ins Verderben führt. Die einen fürchten die Befreiung und den neuen Kriegszustand mit der Verschärfung der Hungerplöde, die andere sagen, schlimmer könne es selbst durch all diese erneuten Heimsuchungen nicht kommen, da wir ihnen auch durch Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht ausweichen könnten, weil wir die Bedingungen ja von Anfang an nicht erfüllen könnten.

Das zermürbte, verängstigte deutsche Volk scheint in seiner Mehrheit aber dennoch für die Unterzeichnung zu sein und darum empfand es die Haltung Scheidemanns, der sich gegen die Unterzeichnung ausgesprochen und sich darum politisch festgelegt hatte, als ätzend und zukunftsbedrohend. Scheidemann hat die Konsequenzen gezogen und ist gestern nacht mit seinem Kabinett zurückgetreten. Möge das deutsche Volk nun aber versuchen, in geschlossener Einheit und in froheren, rastloser Arbeit die schweren Friedensbedingungen zu erfüllen, damit es günstiger Zeiten und Umstände abwarten kann.

Zu den Beratungen des Kabinetts.

— Berlin, 19. Juni. Das Kabinett ist in Weimar um 4 Uhr zusammengesessen und hat bis in die Nacht hinein getagt. Heute findet eine gemeinsame Sitzung des Kabinetts mit der Friedensdelegation statt.

— Weimar, 18. Juni. (Privatteil.) Zu den Beratungen des Kabinetts ist auch General Gröner, der Nachfolger Ludendorffs, von der Reichsregierung nach Weimar berufen

Wenden und heute hier eingetroffen. Seine Inwesenheit soll zweckdienlich die volle Uebereinstimmung der Auffassung der leitenden politischen Stellen mit den militärischen Befehlshabern herbeiführen.

19. Juni. General Groener ist zum Reichswehrminister nach Weimar berufen worden, um mit ihm über die laufenden Geschäfte zu verhandeln. An den politischen Besprechungen, insbesondere auch an der Kabinettssitzung, hat er nicht teilgenommen. Die Oberste Heeresleitung hört am Tage des Friedensschlusses auf zu bestehen. An der Entscheidung, Uebernahme oder Ablehnung des Friedens, wirkt sie nicht mit.

Zur Haltung der deutschen Delegation.

18. Juni. Die deutsche Friedensdelegation, die bereits heute nacht 12 Uhr hier eintreffen sollte, kam um 6 Uhr früh in Weimar an. Die Hauptregierung lag bereits auf französischem Gebiet. Die Delegation arbeitete bis in die fünfte Morgenstunde in ihrem Sonderzug, der nach einer Sitzung zunächst auf dem Weimarer Hauptbahnhofe stehen blieb. Um 8 Uhr begab sich die Delegation in die Stadt. Inzwischen war von ihr ein Memorandum aufgesetzt worden, in dem die unbedingte Ablehnung der Friedensvorschlüsse als einmütiger Beschluß empfohlen wird. Auf demselben Standpunkt stehen auch alle Sachverständigen. Die Delegation hat geäußert, daß sie zurücktreten werde, wenn irgend eine Regierung unterzeichnen will. Dieser Neuerung haben sich die Sachverständigen ebenfalls angeschlossen.

18. Juni. (Privat.) Ein Teil der Versailler Delegation ist gleich nach Berlin weitergereist. Man hat den Eindruck, daß diese Delegation nicht wieder nach Versailles zurückkehren wird. Es verläutelt übrigens von wohlunterrichteter Seite, daß Reichspräsident Ebert und Ministerpräsident Scheidemann entschlossen seien, eher zurück zu treten, als diesen Friedensvertrag zu unterschreiben.

18. Juni. (Privat.) Die Delegation war bei ihrer Ankunft sehr überrascht, daß in Weimar die Frage der Unterzeichnung überhaupt erörtert werde. Man hatte angenommen, daß alle Mehrheitsparteien mit dem Kabinett in der Nichtunterzeichnung einig seien. Besonders bemerkenswert war, daß Professor Schilling sich mit aller Energie dagegen wehrt, die Frage der Unterzeichnung überhaupt noch zu erörtern. Das Memorandum, das die Delegation der Regierung vorgelegt hat, enthält eine Fülle von sachlichen Bemerkungen über die wirtschaftlichen wie die politischen Folgen einer Nichtunterzeichnung. Man glaubt in allen Punkten bewiesen zu haben, daß die Folgen einer Nichtunterzeichnung nicht so schlimm sind, wie die Folgen einer Unterzeichnung. Vor allem glaubt man, daß die nationale Bewegung bei dem Einmarsch der Entente viel stärker wird, als bei einer Annahme der Bedingungen, die übrigens den Einmarsch der Entente so wie so nicht vermeiden lassen, weil die Bedingungen ja unerfüllbar sind.

Eine Unterredung mit Brodorski-Kanhan.

18. Juni. Graf Brodorski-Kanhan empfing heute früh nach seiner Rückkehr aus Versailles in seinem Salonwagen den Vorstand des Volksbundes zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen, die Herren Beddinghaus, von Herzer und Rose. Graf Brodorski-Kanhan betonte, daß es ihm besonders am Herzen liege, die Vertreter unserer schwerleidenden Gefangenen und der sich um ihr Los mehr denn je sorgenden Angehörigen jetzt als allererste nach seiner Rückkehr in die Heimat zu empfangen.

Graf Brodorski-Kanhan gab einen Ueberblick über die Sachlage, wie sie durch die Note der Entente geschaffen ist, und beantwortete bereitwillig die gestellten Fragen. Nach den Ausführungen der Vertreter des Volksbundes schloß Graf Brodorski die Unterredung mit der Versicherung, daß die von der Regierung zu fassenden Entschlüsse nicht nur dem Interesse der Heimat, sondern auch dem Interesse der Gefangenen Rechnung tragen müßten und würden. Auf ausdrücklichen Wunsch des Grafen Brodorski-Kanhan verbleibt der Vorstand des Volksbundes bis zur endgültigen Entscheidung in Weimar.

Differenzen zwischen Denkschrift und Vertrag.

19. Juni. Wie von zuständiger Seite verlautet, bestehen zwischen der Denkschrift und dem verbesserten Urtext des Vertrages Differenzen. Es fehlen unter den Verbesserungen gewisse Bestimmungen, die in der Denkschrift vorhanden sind, oder auf diese hinweisen. Es wird also notwendig sein, hierüber nach Versailles Rückfrage zu richten. Ferner wird es aus diesem Grunde erforderlich sein, in Versailles die strikte Frage zu stellen, ob die Denkschrift ein wesentlicher Bestandteil des gesamten Friedensdokuments sein soll, d. h., ob die Denkschrift in ihrem gesamten Inhalt bindendes Recht sein soll für den Fall, daß eine Annahme erfolgen sollte.

Das Urteil der Regierungssachverständigen.

20. Juni. Die Sachverständigen der Regierung sind gegen die Annahme des Friedensvertrages. Die von der Reichsregierung ernannten Sachverständigen haben am Mittwoch, den 18. Juni, in ihrer Vorbesprechung über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages und die Frage seiner Unterzeichnung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Das durch den Krieg finanziell und in seiner Bevölkerungszahl sowie durch die Hungerplöde in der Arbeitsfähigkeit geschädigte Deutschland soll nach der Antwort der Entente ungezählte Milliarden zahlen. Das könnte es zur Not nur dann, wenn es sich wirtschaftlich erholt, also produzieren und exportieren könnte. Darin ist es aber durch die von der Entente aufzuerhaltenden Bestimmungen gehindert. Deutschland soll den Ententeleistungen die unbeschränkte Weltkaufkraft nicht nur hinsichtlich der Behandlung der Waren, sondern auch der Staatsanleihen gewähren. Diese Weltkaufkraft wird ihm selbst von den Ententeleistungen auf mindestens 5 Jahre verlagert. Deutschland soll seinen Zolltarif in wichtigen Punkten auf die dem Friedensschluß folgende nächste Zeit binden, sehr aber dem Ausland gegenüber völlig freien Zolltarifen gegenüber. Die verlässlichen Grundlagenten für seine Rechte und den internationalen wirtschaftlichen Verkehr fehlen für Deutschland so gut wie ganz. Rechte hat nur die Entente gegenüber Deutschland. Bei dieser Sachlage ist die Annahme von Handelsbeziehungen gegenüber den Ententeleistungen und der Export dorthin ausgeschlossen, denn inand eine auf fester Grundlage aufgebaute Korporation ist kaum möglich, sobald bei Deutschland keine bisherigen Märkte den Fremden überlassen, denn alle anderen Staaten werden die Deutschen aus dem Felde schlagen können.“

„Hierdurch wird die deutsche Produktion und die Valuta dauernd niedergehalten. Dies wird verschärft durch die gleichfalls aufrechterhaltene Liquidation des deutschen Eigentums im Auslande und die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, wodurch zwei Faktoren, die vor dem Kriege die deutsche Zahlungsbilanz trotz passiver Handelsbilanz aktiv machten, weggefallen sind. Deutschland würde also selbst bei territorialer Annerkennung nur schwer produktiv arbeiten können. Durch die gleichfalls auch nach der Antwort der Entente wieder geforderten territorialen Abtrennungen wird die deutsche Erzeugung von Kohlen, Erzen und landwirtschaftlichen Produkten über alle Risiken beschränkt. Außer den früher schon in großen Mengen aus dem

Auslande bezogenen Rohstoffen müsse Deutschland auch die auf diese Weise verloren gegangenen Erzeugnisse importieren. Da ihm aber der Außenandel genommen ist, ist es unferstand, diese Erzeugnisse zu bezahlen. Es ergibt sich also die wirtschaftliche Unmöglichkeit, die neuen Ententebedingungen zu erfüllen. Einen nichterfüllbaren Vertrag zu unterschreiben, verbietet die Achtung vor der Vertragstreue und vor sich selbst.“

Vom Friedensausgang.

20. Juni. Der Friedensausgang der Nationalversammlung ist für Freitag nachmittag 4 Uhr zusammenberufen worden.

Für und gegen die Unterzeichnung.

19. Juni. (Privat.) In einer gestern abend einberufenen, von mehreren tausend Personen besuchten öffentlichen Versammlung auf dem Börsenplatz erklärten sich die Teilnehmer in der Abstimmung für die Unterzeichnung des Vertrages unter Protest.

20. Juni. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik tritt im „Vorwärts“ für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ein. Es werde in Deutschland niemand geben, dem das Ja oder Nein nicht als riesenschweres Schicksalswort erscheine. Zeit aber könne nicht mehr ausgedehnt werden, und der Zentralrat halte es für seine Pflicht, auszusprechen, daß die Unterzeichnung als ein Resultat der Zwangslage erfolgen müsse. Sie bedeute kein Abfinden mit den uns auferlegten Bedingungen, im Gegenteil, das deutsche Volk werde nicht aufhören, für die Revision dieser Bedingungen zu wirken, und es hoffe, daß die beginnende Einsicht bei den Völkern der Entente die Revision beschleunigen werde.

Gleichzeitig mit der Erklärung des Zentralrates veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Artikel von Erwin Barth, in dem mit Wärme die Volksabstimmung empfohlen wird, weil zu glauben sei, daß für diese Lösung im deutschen Volke wie in den Kreisen der politischen Führer eine überwältigende Mehrheit, eine große Entschlossenheit erreicht werden könne.

In der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird gleichfalls an die Stimme des Volkes appelliert und gesagt: „Hat schon jemand danach gefragt, wo die Entente in ihrem Entwurfe uns die sofortige Zufuhr von Lebensmitteln zu erschwierigenden Preisen zugesichert hat für den Fall, daß wir unterzeichnen? Das steht nirgends. Wohl liegen an unserer Grenze Vorräte bereit für die Einfuhr, wo nicht geschrieben, daß unsere Gefangenen sofort nach Unterzeichnung die Heimkehr offen stehen wird? Es steht nirgends, und stände es irgendwo, so würden die Kaufleute von der Zurückhaltung der Bestrafen Handhabe genug sein, eine große Zahl auf unabsehbare Zeit der Freiheit zu berauben. Findet die Regierung, die entschlossen ist, fest zu bleiben in dieser Stunde, bei der Volksvertretung keine Stütze, so appelliere sie an das Volk. Die Stimme des Volkes würde schon zum Ausbruch bringen, daß wir trotz allem stark genug sind, im Interesse unserer Zukunft die einzig mögliche Antwort zu geben.“

Die Haltung der Parteien.

20. Juni. Verschiedenen Morgenblättern zufolge sprechen sich im Zentrum 79 Abgeordnete für eine solche motivierte Annahme der Friedensbedingungen aus. Die demokratische Fraktion war mit überwiegender Mehrheit dagegen. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, daß dem Reiche in diesem Augenblicke nichts anderes übrig bleibe, als dem Vertrag die Unterschrift zu geben.

20. Juni. Der vom Zentrum den beiden anderen Mehrheitsparteien unterbreitete Kompromißvorschlag, der drei Punkte enthält, Ablehnung des Schuldbesentnisses, Ablehnung der Auslieferung der Heerführer und Kolonialer und Aburteilung vor einem Gerichtshof der Entente, sowie die Erklärung, daß die wirtschaftlichen Bedingungen unerfüllbar seien, wird im „Vorwärts“ für verfehlt erklärt.

20. Juni. Die Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung hat heute nachmittag in längerer Sitzung nochmals eingehend ihre Stellung zum Friedensvertrag beraten und am Schluß derselben mit einer vier Punkte-Majorität sich für die Annahme des Friedensvertrages ausgesprochen, ausgenommen die Punkte, welche die Schuld an Kriege und die Ehre der Nation berühren (Auslieferung Deutscher usw.).

20. Juni. Die demokratische Fraktion legte dem Abg. Frhr. v. Rüdiger, wie mehrere Morgenblätter melden, den Austritt aus der Fraktion nahe, weil er zu denjenigen Abgeordneten gehöre, die für eine glatte Annahme der Bedingungen seien. 56 Abgeordnete der demokratischen Fraktion stimmten dafür, daß man den Weg des vom Zentrum empfohlenen Kompromisses beizubehalten solle. Die deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen Volkspartei würden wohl herabgelassen, einen motivierten Frieden als immer noch ungenehmigt abzulehnen.

20. Juni. Die Fraktion der deutschen demokratischen Partei nahm gestern abend eine Probeabstimmung vor. Von 65 anwesenden Mitgliedern stimmten acht bedingt für die Unterzeichnung des Vertrages, die anderen dagegen.

20. Juni. (Priv.) Die „Voss. Ztg.“ berechnet die Ausschichten für die Abstimmung über den Friedensvertrag folgendermaßen: Für die Unterzeichnung werden 20 Unabhängige, etwa 90 Mehrheitssozialisten, 50 Zentrumsabgeordnete und einige Demokraten, insgesamt etwa 170 Abgeordnete stimmen; gegen die Unterzeichnung stimmen geschlossen die beiden Rechtsparteien mit etwa 60 Abgeordneten, ferner 60 Demokraten, etwa 40 Mehrheitssozialisten und 20 Zentrumsabgeordnete, das wären insgesamt rund 180 Abgeordnete. Dieses Verhältnis unterliegt aber ständigen Schwankungen.

Um den Willen der Mehrheit ihrer Fraktion durchzusetzen, sind bei der Sozialdemokratischen Bewegung im Gange, für die Abstimmung Fraktionszwang zu verkünden. Sollte dieser geschlossen bedingt werden, dann wäre an der Annahme der Friedensbedingungen bezw. der Unterzeichnung nicht mehr zu zweifeln.

18. Juni. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ teilt mit, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig beschlossen habe, den Friedensvertrag auch in seiner heutigen Gestalt in voller Uebereinstimmung mit der bisher in der Friedensfrage eingenommenen Haltung abzulehnen.

Zur Haltung der Alliierten.

Die Drohungen der Alliierten.

19. Juni. Neuer erfährt, das Riesenluftschiff „C. R. 34“ habe, voll ausgerüstet mit Bomben und Maschinengewehren, den Firth-of-Forth verlassen, um einen Flug über die deutsche Küste zu machen. Die britische Flotte habe für den Fall, daß Deutschland sich weigere, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ihre Befehle erhalten. Sämtliche Urlaube seien aufgehoben.

20. Juni. Wie der „Berner Bund“ erzählt, handelt es sich bei der Besetzung von Borarlberg durch italienisches Militär um eventuelle Blockade Maßnahmen gegen Deutschland.

Englische Truppen zum Einmarsch bereit.

20. Juni. Nach einer Meldung des „Berl. Lokals.“ von hier zogen gestern morgen starke englische

Truppenteile von der linken nach der rechten Rheinseite an die Grenze des Kölner Brückenkopfes, um sich zum Einmarsch in das deutsche besetzte Gebiet bereitzuhalten. Der Straßenbahnverkehr war aus diesem Grunde bis 1 1/2 Uhr unterbrochen und auch die übliche Kölner Fronleichnamspredigt mußte sich auf eine Feier im Dome beschränken.

Am Wilhelm II.

18. Juni. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Paris, es bestehe kein Zweifel darüber, daß die alliierten Mächte, sowie der Friedensvertrag unterzeichnet sei, von den Niederlanden die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers verlangen würden, um ihn den Friedensbedingungen gemäß vor ein Gericht zu stellen.

Zur Haltung des amerikanischen Senats.

19. Juni. Der Presse-Bureau Radio zufolge meldet „New York Tribune“, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag, inkraft des Völkerbundes, ratifizieren werde, wenn in Paris noch einige Verbesserungen eingefügt würden. Wenn letzteres nicht geschehen sollte, werde der Senat den Friedensvertrag ratifizieren, bezüglich des Völkerbundesvertrages jedoch einen Vorbehalt einfügen, der alle Zweifel betreffend die Fragen, mozu die Vereinigten Staaten sich verpflichteten, beheben werde.

Die Geschehnisse im Reich.

19. Juni. Wie das „Berl. Tagebl.“ von hier meldet, haben sämtliche Senatoren der Stadt Hannover gestern ihre Urter niedergelegt. Sie haben sich erboten, bis zur Wahl neuer Senatoren in ihren Stellungen beim Magistrat zu verbleiben. Der Verfassungsentwurf.

20. Juni. Der Völkerbundesrat hat vorberichtlich endgültige Entscheidung in Aussicht genommen, die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes in der Plenarsitzung am Montag den 23. Juni vorzunehmen.

Neue Putschversuche in Braunschweig.

19. Juni. Von hier wird dem „Berl. Lokals.“ mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Einzug der Regierungstruppen geflüchteten Revolutionäre, deren Vertreibung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Polizeipräsident Eichhorn. Durch sparatistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarschaft Woffenbüttel jede Nacht und auch am Tage Putschversuche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20 000 Schußwaffen — in der Händen der revolutionären Arbeiterchaft. Sogar eine revolutionäre Volksmarine division ist wieder in Bildung begriffen.

Ein Arbeitsgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe.

18. Juni. Eine von sämtlichen Verlegereinigungen einberufene Versammlung von Zeitungsvorlegern, in der 1852 Zeitungen vertreten waren, tagte am Sonntag in Hannover und beschloß einstimmig die Gründung eines Arbeitsgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Simon-Frankfurt a. M. (Frankfurter Zeitung) gewählt.

Auszeichnungen im Grenzschutz Ost.

18. Juni. Wie die Tägliche Rundschau meldet, hat der kommandierende General des 17. Armeekorps, General Infanterie v. Belsam, den Angehörigen der Reserve des Grenzschutzes Ost, das Abzeichen des 17. A. K. in Gestalt des Ritterkreuzes auf weissen Felde verliehen. Das Abzeichen wird auf grauer Armbinde getragen.

Vermischtes.

20. Juni. Wie dem „Berl. Tagebl.“ aus dem Haag berichtet wird, ist das deutsche Schiff „Mantel“ auf dem Wege nach Deutschland, beladen mit 1300 Tonnen Reis, durch eine treibende Mine untergegangen. Die Ueberlebenden wurden von einem französischen Torpedoboot gerettet.

18. Juni. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet von Herr Oberleutnant Diemer hat den 8300 Meter betragenden deutschen Höhenrekord im Flugzeug geschlagen. Die Nachmessung seines Barographen hat eine mittlere Höhe von 9580 Meter ergeben. Diemer war am 17. Juni früh bei Karem weiter von Oberweißbach bei Mücheln aufgestiegen.

18. Juni. Dem Telegramm zufolge, richtete ein großes Feuer im Dack von Liverpool großen Schaden an. Der Wert der bisher verbrannten Waren, darunter Mehl, Petroleum, Aderbaugeräte usw., wird auf eine Million Pfund Sterling geschätzt.

Auszeichnungen gegen Kapitänleutnant v. Muede.

20. Juni. Der bekannte Führer der „Apothek“, Kapitänleutnant von Muede, wurde in Frankfurt a. M. während eines Vortrages vor Schülern und höherer Lehristanten auf der Tribüne überfallen und schwer mißhandelt. v. Muede wurde darauf von Angehörigen der Marineinfanterie in Schutzhaft genommen.

Der Polizeipräsident teilt weiter mit: Nachdem sich Kapitänleutnant von Muede in freiwillige Schutzhaft begeben hatte, wurde ihm angehehrt, unter Bedeckung nach Hanau zu fahren. Von Muede lehnte dies ab und verließ gegen Abend das Polizeipräsidium. Auf der Straße wurde er von der erregten Arbeiterchaft erkannt und umringelt und in einen Frackwagen gehoben, der mit ihm davonfuhr. Der Polizeipräsident besetzte ihn und brachte ihn zum Bahnhof.

Streifende Kleriker.

20. Juni. Nach einem Privattelegramm des „Berl. Tagebl.“ von hier meldet „Corriere della Sera“ den unerhörten Fall, daß der gesamte Klerus des St. Hanses von Loreto, der berühmtesten Wallfahrts- und Barmherzigkeits der Welt, in den Streif getreten ist.

Luftwärme zu Karlsruhe

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station.) Am 17. Juni, mittags 2 1/2 Uhr: Barom. 754 mm, Therm. 25,3 Grad, abso. Feuchtigk. 5,7 mm, Feuchtigk. in Proz. 31, Wind N.W. Himmel wolkenlos; am 17. Juni, nachts 9 30 Uhr: Barom. 753 mm, Therm. 19,7 Grad, abso. Feuchtigk. 12,8 mm, Feuchtigk. in Proz. 76, Wind N.W. Himmel heiter; am 18. Juni, morg. 7 26 Uhr: Barom. 754 mm, Therm. 21,2 Grad, abso. Feuchtigk. 12,3 mm, Feuchtigk. in Proz. 66, Wind N.W. Himmel wolfig. Höchste Temperatur am 17. Juni 25,8 Grad, niedrigste in der darauffolgenden Nacht 15,5 Grad.

Wasserstand des Rheins.

Schäferinsel, 20. Juni, morg. 6 Uhr: 2,80 m. (18. Juni 2,80 m.) Rühl, 20. Juni, morg. 6 Uhr: 3,00 m. (18. Juni 3,61 m.) Magau, 20. Juni, morg. 6 Uhr: 5,32 m. (18. Juni 5,29 m.)

Evangelische General Synode in Baden.

oo Karlsruhe, 18. Juni. Die dritte und letzte Sitzung der General Synode wurde kurz vor 1/4 Uhr, wie üblich, mit Gebet eröffnet. Die Synode schritt sofort zur Abstimmung über die drei Entwürfe von Wahlordnungen für die Wahl einer neuen Landeskirchenvertragskommission...

Die Tagesordnung war damit erledigt. Der Präsident des Oberkirchenrats, Dr. Uebel, gab in einem Schlusswort der Freude Ausdruck, daß die Arbeit dieser Synode so einhellig gelaufen sei. Mit besonderem Dank gedachte er nicht an diese Synode herangetretenen, sondern an die in der nächsten Woche eine französische Synode in Baden abgehalten werden soll...

Die Tagesordnung war damit erledigt. Der Präsident des Oberkirchenrats, Dr. Uebel, gab in einem Schlusswort der Freude Ausdruck, daß die Arbeit dieser Synode so einhellig gelaufen sei. Mit besonderem Dank gedachte er nicht an diese Synode herangetretenen, sondern an die in der nächsten Woche eine französische Synode in Baden abgehalten werden soll...

Die Tagesordnung war damit erledigt. Der Präsident des Oberkirchenrats, Dr. Uebel, gab in einem Schlusswort der Freude Ausdruck, daß die Arbeit dieser Synode so einhellig gelaufen sei. Mit besonderem Dank gedachte er nicht an diese Synode herangetretenen, sondern an die in der nächsten Woche eine französische Synode in Baden abgehalten werden soll...

Badische Chronik.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

oo Karlsruhe, 20. Juni. Wie bekannt, ist die Regierung nicht geneigt, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Fleischhandel zu einer besseren Versorgung ihrer Gasse zu unterliegen sei und sie deshalb bestraft werden können, abzugehen. Man will den weiteren Verlauf der Streikbewegung in Ruhe abwarten.

französische Ministerpräsident Clemenceau in seinem Begleitbrief an die Note der Alliierten Deutschland also ein Volk der Mörder und Verbrecher hinstellt, scheint es uns notwendig an diesen trauerreichen Fronleichnamstag des Jahres 1916 (22. Juni) zurückzudenken. Eine Woche war seit dem Gedentag des Fliegerangriffs vom 15. Juni 1915, des ersten auf die Stadt Karlsruhe, bei dem 28 Menschen den Tod fanden, verfloßen, als feindliche Flieger in den ersten Nachmittagsstunden ihre Bomben auf die Stadt warfen. Innerhalb weniger Minuten hatten über hundert Menschen, darunter achtzig Kinder, den Tod gefunden. Es war das größte Unglück von dem die badische Hauptstadt seit ihrem Bestehen betroffen worden war. Selbst der Theaterbrand vom 28. Februar 1847 hat viel weniger Opfer an Menschenleben gefordert. Man wird den schuldigen Mächten diese „Auktariat“ niemals vergeben können.

An unsere entwichenen Kriegsgefangenen. Bei der Befehung von Griesheim durch die Franzosen wurde erneut festgestellt, daß die Franzosen sofort nach der Befehung umfangreiche Nachforschungen anstellen nach deutschen Militärpersonen, die aus der Gefangenschaft entwichen sind. Die dort befindlichen Rückläufer haben sich rechtzeitig diesen Nachforschungen entzogen.

Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer. Zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen hat der Rat der Volksbeauftragten am 14. Dezember 1918 eine Verordnung erlassen, wonach die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder war, bis zum 30. Juni nur mit Einwilligung des Vollstreckungsgerichtes zulässig ist. Da diese Frist demnächst abläuft und die wirtschaftlichen Verhältnisse gegen Dezember 1918 eine Besserung nicht erfahren haben, hat der Landesverband der bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen beim Ministerium der Justiz angefragt, ob eine Verlängerung der obigen Frist in Aussicht gestellt werden könne. Darauf hat das Ministerium der Justiz geantwortet, daß die Verlängerung der Wirksamkeit der Verordnung vom 14. Dezember 1918 in Aussicht genommen sei. Wir glauben, daß dieser Bescheid zahlreiche Wünsche befriedigt und dadurch manche Beunruhigung behoben wird.

Die Rindungsfahrt der Schwerebeschädigten. Nach Verordnungen des Demobilisierungsamtes durfte die Schwerebeschädigten bisher frühestens vom 1. 7. 19 ab gefahren werden. Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 14. 6. 19 wird dieser Zeitpunkt nunmehr auf den 1. 9. 19 hinausgeschoben. Bis zum 1. 9. 19 hat die Regelung durch gesetzliche Regelung des Einstellungsanspruches für Schwerebeschädigte, die der Reichsministerpräsident kürzlich angeordnet hat, die Beschäftigung der Schwerebeschädigten für die Dauer sicherzustellen.

Riederhalle Karlsruhe. Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung fand am vergangenen Samstag abend im Vereinssaal der „Löwenbräue“ statt. Nach einer kurzen Begrüßung der außerordentlich starken Versammlung durch den 1. Präsidenten, Herrn Rechtsanwalt Hug, ergriffte Herr Schriftführer Süttenlin den Jahresbericht. Dieser bot ein klares, anschauliches Bild der Wirkungen des Krieges und der Revolution auf das Vereinsleben und die intensive Tätigkeit der Riederhalle im verfloßenen Vereinsjahre. Besonders beachte der Bericht, der für die Ehre des Vaterlandes gefallenen Mitglieder, zu deren ehrenden Gedenken sich die Versammlung von den Sigen erhob. Neben der unentwegten, intensiven Körperarbeit und der Veranstaltung großer Konzerte durch den Männerchor ist dem Verein auch noch die Gründung und Durchführung eines Damenchores möglich gewesen, sodas schon zu Beginn des neuen Vereinsjahres die Aufführung des gewaltigen Wagner'schen Werkes „Ein deutsches Requiem“ für gemischten Chor, Soli und Orchester herausgebracht wurde. Der Rechnungsbericht durch Herrn Kassier Lint, zeigte ein erfreuliches Bild wohlwollender Finanzpolitik. Infolge erheblichen Mitgliedsbeiträgen (innerhalb 3/4 Monaten 110), Stifungen und Erlös aus Veranstaltungen usw. ist ein namhafter Vermögenszuwachs zu verzeichnen. Der erfreuliche Zugang an Mitgliedern dürfte wohl größtenteils auf die Einführung der gemischten Chororgel, denen ihr allgemeines, großes Interesse zuzuschreiben, zurückzuführen sein. Der Stand der Sängerverhältnisse ist ein bezuglich guter, das bei Eintritt junger Mitglieder eine große Sängervervielfachung gesichert erscheint. Bei den Besprechungen wurde aus der Versammlung heraus der Dank für ihre vorzügliche Amtsführung ausgesprochen und dem Kassier nach Änderung der Rechnungsprüfung Entlastung erteilt. Bei der darauf stattfindenden Wahl des Gesamt-Vorstandes wurden als Beisitzer gewählt die Herren: J. Hug, Rechtsanwält I. Präsident; K. Münchbach, Rechnungsrat, II. Präsident; G. Süttenlin, Rechnungsrat, I. Schriftführer; E. Kautz, Fabricant, II. Schriftführer; O. Lint, Oberfinanzsekretär, Kassier, R. Hofmann, Buchbindermeister, Lokalbeamter u. E. Sauer, Kaufmann, Notensammler. Als Beisitzer die Herren: K. Basemann, Rechnungsrat, Dr. O. Bloos, prakt. Arzt, F. Diets, Beamter, Dr. G. Eitel, Privat, Dr. K. Goh, Augenarzt, O. Kemmer, Professor, N. Kerber, Hauslehrer, Th. Reinhardt, Schriftführer, A. Schwarz, Eisenbahnsekretär. Anstelle des von der Direktion zurückgetretenen Chormeisters Baumann, dessen unerschütterliche Verdienste um die künstlerischen Erfolge und das hohe Ansehen der Riederhalle seitens der Vorstandschaft und der Versammlung allseitige, ehrende Anerkennung fanden, übernimmt Herr Seminarlehrer Hugo Mahner die Direktion des Männerchores, während Herr Dr. G. M. Köppen den Frauen- und gemischten Chor leitet. Mit Worten des Dankes für das der neuen Vorstandschaft entgegengebrachte Vertrauen schloß der 1. Präsident die eindrucksvolle beifällige Versammlung.

Das Musikische Konservatorium hält am Samstag den 21. Montag den 23., Mittwoch den 25., Samstag den 28. Juni und Dienstag den 1. Juli, jeweils nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr im Saale der „Eintracht“ seine diesjährigen Schlussprüfungen ab. Das Programm enthält Klavier- und Violinkonzerte mit Orchesterbegleitung, Instrumental- und Vokalstücken, Kammermusik, Orchesterwerke und Kinderchöre. Es schließt mit einer Konzertaufführung der „Hochzeit des Figaro“, komische Oper von Mozart, I. und 2. Akt mit Cellosolo.

Gesangsabend. Am Donnerstag, den 26. Juni, wird Frau Selene Junfer, wieder mit einigen Schülerinnen im Saale der Eintracht einen öffentlichen Gesangsabendsabend veranstalten, der nach der günstigen Aufnahme der letztjährigen Darbietungen auch dieses Mal großes Interesse beanspruchen dürfte. Es gelangen u. a. Terzette und ein Quartett, welche Meisterstücke altitalienischer Kompositionen zur Aufführung. Alles weitere im Angeheilt.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe. Geburten. 17. Juni: Dr. Robana Ruch von Baden-Baden, Wollfabrikant in Konstanz, mit Elisabeth Herzo von hier. Todesfälle. 16. Juni: Quantel Kilian, alt 85 Jahre, Witwe von Emil Kilian, Domänenrat, a. D. - 17. Juni: Karl Schulz, Witwer, Buchhalter, alt 79 Jahre; Josef Adler, Edemann, Schneidwerk, alt 56 Jahre.

Aus der Landeshauptstadt. Karlsruhe, den 20. Juni. Der gestrige Fronleichnamstag wurde wie üblich von der katholischen Gemeinde als kirchlicher Festtag ersten Ranges begangen. Die Projektionen fanden im Hinblick auf den Ernst unserer politischen Lage nur in den Kirchen selbst statt, doch boten sie auch dort ein erhabend schönes, feierliches Bild. Im übrigen zeichnete sich der Tag durch Höchster, große Messen und sonstige feierliche Veranstaltungen innerhalb der Kirchengemeinden aus. Früh 7 Uhr hies die Kapelle des lat. Jugendvereins der St. Martin mehrere feierliche Chöre mit dem Lumen der Bernhardskirche. Der Zubehör zu den kirchlichen Veranstaltungen war ein außerordentlich stark.

In weltlicher Hinsicht brachte der gestrige Feiertag mit seinem ungetrübt schönen Wetter den üblichen Massen-Ausflugsvorteil auf der Staats- und Altbahn in die nähere und weitere Umgebung und mit der Elektrischen nach Durlach oder zum Rheinhafen. Auf dem Rameisplatz in Mühlburg fand mittags von 12-1 Uhr Promenadenzug der Volkswohlfahrer statt, das viel Anklang fand, ebenso drängte sich das Publikum nachmittags im Stadtgarten zum Konzert des Orchestervereins und gab durch lebhaften Beifall seine Zufriedenheit mit den Leistungen der Kapelle kund. Auch für die verschiedenen sportlichen Veranstaltungen, speziell für die Fußballspiele, fand sich ein großer Kreis von Interessenten.

Das Landes-Theater erfreute durch eine gute Aufführung des „Frelschs“, während das Operettentheater im Konzerthaus, wofolst am Abend vorher Fräulein Friedrich in der „Rose von Stambul“ erstmals die Konjia gelungen und sowohl gefanglich wie auch darstellerisch eine ausgezeichnete Leistung geboten hatte gestern abend eine Wiederholung der Wiltner-Reicherschen Operette „Wo die Kerze singt...“ in recht hübscher Form herausbrachte. Im „Colosseum“ amüsierte sich ein zahlreiches Publikum köstlich bei Blahbeims urwüchsiger Komik und auch die Kinos und sonstigen Vergnügungshäuser erzielten durch den Besuch und den Besuchen der Kinos einen sehr lebhaften Besuch im allgemeinen wohl kaum bezagen können. Und wenn in den Gesprächen aus überall und immer wieder die bange Frage „Was wird die nächste Zukunft bringen“, aufkautete, so half der Genuss der Gegenwart den meisten doch über die ärgsten Zukunftsorgen hinweg.

Der Fronleichnamstag brachte auch die traurige Erinnerung an den Kinder-mord von Karlsruhe. Gerade heute, da der

Der zeitgemäße Massiv-Bau: AMBI AMBI, AM. I Berlin-Johannisthal

Schreibmaschinen repariert und reinigt, schnell, billig und gut. Karlsruher Schreibmaschinen-Centrale. Teloph. 3510. Inh. Friedrich Lied. Waldstr. 35.

